

LEGALE DROGEN

"Ni chèvre - ni chou"



Bürokratische Suchtprävention: Zweckentfremdete Aschenbecher im Gesundheitsministerium.
(Foto: Christiane Walerich)

Von wegen
Opium fürs Volk.
Ein Gesetzentwurf
des Gesundheits-
ministeriums sieht
Präventionsmaßnahmen
in punkto Alkohol und
Tabak vor.

Schon letztes Jahr (woxx Nr. 810) hatte Gesundheitsminister Di Bartolomeo im Alkoholtherapiezentrum in Useldingen angekündigt, den Alkohol nicht weiter zu bagatellisieren. Denn eine Studie der Weltgesundheitsorganisation hat bestätigt, dass gerade die heutige Jugend trinkfreudiger ist als die vorhergehenden.

Immer früher und immer öfter wird getrunken, wobei der Vollrausch immer häufiger Ziel des Trinkens ist, wie in Chatrooms der Jugendlichen zu lesen ist. Druck ablassen lautet dabei die Devise. Besonders verführerisch sind in dieser Hinsicht die so genannten Alcopops, spirituosenhaltige Süßgetränke, die meistens mit etwa 5,5 Prozent Alkohol versetzt sind. Anziehend wirken diese durch ihr poppiges Design und als haptischer Schmeichler, der außerdem tanzflächentauglich ist. Auch der süße beeren- oder limettenartige Geschmack, die auffällige Färbung dieser Getränke bewirkt, dass sie besonders für ein junges Publikum attraktiv sind. Da das Getränk oft als Durstlöcher konsumiert wird, besteht die Gefahr dass der Alkohol schneller zu Kopf steigt. Zudem dienen sie als Identifikationsmittel bestimmter Subkulturen, auch um sich gegenüber der Erwachsenenwelt abzugrenzen. Mitverantwortlich für die Popularität der Alcopops ist auch die Werbung, die gezielt die emotionalen Bedürfnisse der Jugendlichen aufgreift. Dementsprechend bergen diese Modedrinks die Gefahr einer neuen Einstiegsdroge.

Nun hat Gesundheitsminister Di Bartolomeo gehandelt. Seit Januar 2006 sind Alcopops um 1,5 Euro pro Flasche teurer. Außerdem wird im neuen "projet de loi relatif à la lutte antitabac" ein Verkaufsverbot von alkoholhaltigen Getränken an Jugendliche unter sechzehn Jahren angekündigt. Ein weiteres Projekt soll demnächst den Alkoholkonsum von Jugendlichen auf Bällen verbieten.

Auch in punkto Tabakkonsum wurden Hebel in Bewegung gesetzt. Marie-Paule Prost-Heinisch

von der Fondation contre le cancer sieht den Vorteil des neuen Gesetzesentwurfes vor allem darin, dass Passivraucher und Minderjährige stärker geschützt und den Tabakaussteigern Hilfen an die Hand gegeben werden sollen.

Beim Ausbau einer präventiven Tabakpolitik sind die Luxemburger keine Weltmeister. Frankreich hat schon in den 90er Jahren rauchfreie Zonen in Restaurants eingerichtet. Irland führte im Jahr 2004 als erstes EU-Land ein totales Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen, Pubs und Restaurants ein. Auch Italien zog 2005 nach.

Schutz der Passivraucher

Neben allgemein bekannten Gesundheitsfolgen durch Tabak, wie Nikotinsucht, HerzKreislauf- oder Krebserkrankungen, macht auch in Luxemburg ein neuer Trend Neuregelungen erforderlich: Zunehmend Jüngere fangen mit dem Rauchen an.

Henri Grün von der Jugend- an Drogenhöllef verweist darauf, dass auch Tabak neben Alkohol oft als Einstiegsdroge fungiert.

Daneben ist der jetzige Antitabakentwurf eine Reaktion auf die Mahnungen der Europäischen Kommission, da Luxemburg es ebenso wie Deutschland bisher versäumt hat, die Richtlinie 2003/33EG vom 26. Mai 2003 in einzelstaatliches Recht umzusetzen. Hier handelt es sich um ein Verbot der Tabakwerbung in den Medien, im Internet, sowie im Bereich des Sponsoring von grenzüberschreitenden Veranstaltungen.

Inhaltlich orientiert sich das von Di Bartolomeo vorgelegte Projekt an den Standards der Weltgesundheitsorganisation. Dabei geht der Entwurf im Bereich Werbung so weit, dass quasi ein vollständiges Werbeverbot für Tabakprodukte vorgesehen ist. Der Luxemburger Tabakproduzent Heintz van Landewyck erwägt, gegen diese Bestimmungen auf der Ebene der Handelskammer ein kritisches Gutachten zu formulieren, insbesondere gegen

das Werbeverbot in den Verkaufsstellen. Auch einige Luxemburgische Presseorgane sind wegen des geplanten Verbots der Tabakwerbung unglücklich.

Zudem soll das Rauchen künftig in öffentlichen Institutionen ganz, in Restaurants nur noch in speziellen Raucherbereichen erlaubt sein. Laut Di Bartolomeo sollen sich zudem die Cafés künftig entscheiden, ob sie Mahlzeiten servieren. Dementsprechend würde eine Rauchererlaubnis erteilt oder versagt. Henri Grün von der Jugend- an Drogenhöllef kritisiert diese Regelung: "In Restaurants wurde bisher sowieso wenig geraucht." Gerade in Cafés, Diskotheken und Konzerten, würde dagegen viel geraucht, hier habe man versäumt, strengere Regelungen einzuführen. Der Gesetzesentwurf schreibt auch fest, dass in Wartezimmern von Ärzten, in öffentlichen Verkehrsmitteln nicht geraucht werden dürfe. Allerdings existieren diese Gepflogenheiten bekanntermaßen schon. Marie-Paule Prost-Heinisch kritisiert, dass der Entwurf zu ungenau sei. So habe der Gesetzgeber zum Beispiel nicht klar definiert, was öffentliche Institutionen sind. Auch das Rauchen am Arbeitsplatz wird nicht geregelt. Kellner etwa sind weiterhin dem Tabakrauch ausgesetzt. Hier sollen allerdings laut Di Bartolomeo künftig neue Regelungen gefunden werden.

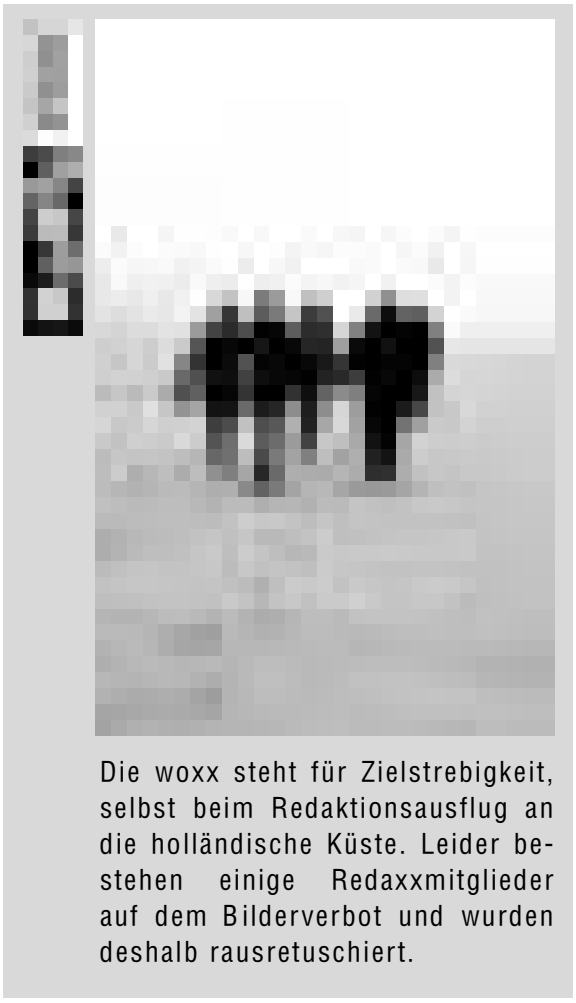
Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass künftig keine Zigaretten mehr an Jugendliche unter sechzehn Jahren verkauft werden dürfen. Einen großen Schritt in punkto Tabakprävention hätten die Gesundheitsorganisationen in einer Steuererhöhung gesehen. Insbesondere der Luxemburger Staat arbeitet hier an zwei Fronten: Einerseits lockt die Vorstellung, sich als fürsorglicher Schützer der Gesundheit der Bürger zu profilieren, andererseits ist der Staat am Tabakkonsum interessiert, weil die Steuer eine wichtige Einnahmequelle darstellt. Nach Angaben von Alain Bellot, Direktionsrat im Finanzministerium, ist eine einzelne Packung mit 25 Zigaretten Netto lediglich 60-75 Cent wert, 70 Prozent des Preises ergeben sich aus Steuern und TVA. Allerdings schätzen Volkswirte die Kosten des Rauchens für die Gesundheitssysteme auf ein Vielfaches, so dass die Netto-Tabaksteuereinnahmen diese möglicherweise nicht ausgleichen. Insgesamt umfasst der Antitabakentwurf viele Verlegenheitslösungen. "On ne peut pas ménager la chèvre et le chou", so Di Bartolomeo.

ADR: un loup déguisé en agneau?

Pierre Peters, l'ancien dirigeant du parti d'extrême-droite Nationalbewegung, aurait tapé à la porte de l'ADR. L'entrée lui aurait été refusée, mais tout de même. C'est du moins ce qu'affirme le député rebelle de l'ADR, Aly Jaerling. Pourtant, le projet de programme fondamental présenté par l'ADR cette semaine et qui doit être adopté au congrès national le 2 avril, paraît bien insipide. D'ailleurs, le président Robert Mehlen était bien mal à l'aise lorsqu'un journaliste le lui fit remarquer. Aly Jaerling non plus n'est pas convaincu: "Ce texte est un salmigondis d'évidences sans intérêt." Il ne faudrait pourtant pas se leurrer. "Même si ce texte paraît inoffensif et que nombre de passages problématiques ont été éliminés, l'esprit reste", explique Jaerling, qui redoute de plus en plus que des personnes d'extrême-droite s'incruster dans le mouvement. En fait, la direction tenterait de donner une image policée de ce qui doit devenir un parti "all round". Dans le cadre de sa rénovation, l'ADR force tout de même plus que les autres sur l'identité nationale luxembourgeoise tout en faisant les yeux doux à la fonction publique, dernier bastion quasi-luxembourgeois sur le marché du travail.

Les OGM de l'OMC

L'Organisation mondiale du commerce (OMC) n'est pas contente. C'est ce que Greenpeace fait savoir dans un communiqué de presse qui critique la décision de l'OMC qui condamne la volonté de l'Union européenne de rester fermée aux OGM. En effet, l'Union européenne permet à ses Etats membres de prendre des mesures de protection envers les OGM. Pour l'OMC, ceci serait contraire aux traités commerciaux internationaux. Mais Greenpeace n'est pas impressionnée: "L'issue de la procédure de l'OMC ne changera ni les lois de l'UE, ni ne mènera les gens en Europe à se nourrir avec des OGM", estime Martina Holbach. Greenpeace a raison de rester optimiste: après tout, 172 régions européennes se sont déjà déclarées "libres de technologie génétique". Les Verts saluent également l'attitude européenne et appellent le gouvernement luxembourgeois à soutenir la présidence autrichienne dans ce dossier. La fronde pro-OGM est menée par les grands producteurs que sont les USA, le Canada et l'Argentine. Selon Greenpeace, les USA pourraient faire usage de la décision de l'OMC pour mettre les Etats réticents aux OGM sous pression. Toutefois, la convention de Cartagena des Nations unies sur la sécurité alimentaire permet aux Etats de prendre des mesures de protection nationale contre les OGM. L'OMC aura donc encore du fil à retordre.



Die woxx steht für Zielstrebigkeit, selbst beim Redaktionsausflug an die holländische Küste. Leider bestehen einige Redaxxmitglieder auf dem Bilderverbot und wurden deshalb rausretuschiert.